

G-1

Titel Zeit für neue Gerechtigkeit – Jetzt. Global. Für Alle!

AntragstellerInnen Juso-Landesvorstand

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Zeit für neue Gerechtigkeit – Jetzt. Global. Für Alle!

1 Die Sozialdemokratische Bewegung kämpft in Deutschland, Europa und weltweit seit über 150 Jahren für eine
2 gerechte Welt. Viele Fortschritte wurden gemacht, Gleichberechtigung und Chancengleichheit in vielen Lebens-
3 bereichen umgesetzt und für Verbesserung für jeden einzelnen Menschen gekämpft.

4 Doch noch immer hängen auch in Deutschland die Lebenschancen und Perspektiven von der Herkunft, dem
5 Geschlecht, der Religion oder möglichen körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen ab. Immer weniger
6 Menschen versammeln hohe Einkommen und Vermögen auf sich, während viele Menschen nicht fair an dem
7 teilhaben, was wir gemeinsam erwirtschaften. Wirtschaftlicher Status, Geschlecht und Herkunft entscheiden
8 oft darüber, ob Menschen die Möglichkeit haben, an unserer Politik und Gesellschaft teilzuhaben und die In-
9 klusion von Menschen mit körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen kommt – wenn überhaupt – nur
10 stockend voran. Die Chancen auf ein selbstbestimmtes und sicheres Leben hängen wesentlich davon ab, in
11 welchem Land auf unserem Planeten man geboren ist und globale Ungerechtigkeiten werden sich durch Glo-
12 balisierung und Klimawandel weiter verschärfen, wenn kein Umdenken stattfindet.

13 Wir Jusos Baden-Württemberg wollen ein gerechtes Leben für alle Menschen. Doch obwohl die SPD als bedeu-
14 tendste politische Kraft das Ziel der Gerechtigkeit in den Mittelpunkt stellt, verstehen viele Menschen oft nicht,
15 was sie unter unserem Ziel der sozialen Gerechtigkeit verstehen können. Als progressiver Motor der SPD wol-
16 len wir Jusos Baden-Württemberg deshalb deutlich machen, wie wir ein gerechtes Leben durch eine konkrete
17 Politik in allen Lebensbereichen erreichen wollen und wie unsere Gesellschaft nach unseren Vorstellungen in
18 den nächsten Jahrzehnten aussehen soll.

19 **Wohlstand für alle – eine Frage der Gerechtigkeit**

20 Deutschland ist eine der wohlhabendsten Nationen weltweit. Doch obwohl im Jahr 2016 mit über 43,5 Millio-
21 nen so viele Menschen, wie nie zuvor, erwerbstätig waren, gelingt es nicht, alle Menschen gerecht an dem in
22 Deutschland erarbeiteten Wohlstand zu beteiligen. Die Arbeit vieler trägt dazu bei, dass in Deutschland große
23 Gewinne erwirtschaftet werden können, egal ob beispielsweise in der industriellen Produktion, im Handwerks-
24 betrieb, der Schule oder in der Kindererziehung und bei der Pflege von Angehörigen. Die starke Konzentra-
25 tion von Einkommen und Vermögen in Deutschland zeigt aber, dass diese Gewinne zunehmend bei wenigen
26 Menschen landen. Für uns Jusos ist klar: eine Gesellschaft kann nur dann gerecht sein, wenn es gelingt, alle
27 gesellschaftlichen Schichten und jeden und jede EinzelneN angemessen teilhaben zu lassen.

28 **Gerechte Teilhabe durch eigene Arbeit – gute Arbeitsbedingungen und faire Löhne**

29 Ob dies gelingt, hängt maßgeblich davon ab, ob die Menschen angemessene Löhne und gute Arbeitsbedin-
30 gungen erwarten können. Dies gelingt nur, wenn es eine politische Kraft gibt, die für diese Personen eintritt.
31 Es war die Sozialdemokratie, die maßgeblich die Rechte von Arbeiterinnen und Arbeitern erkämpft hat und es
32 muss auch die Sozialdemokratie sein, die als starke Stimme dieser Menschen Missstände anprangert und poli-
33 tische Reformen durchsetzt. Dies geht aber nur durch eine enge Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften des
34 Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), dessen Grundprinzipien der Einheitsgewerkschaft und des Industrie-
35 verbandsprinzips wir Jusos befürworten. Gemeinsam wollen wir die Interessen der abhängig Beschäftigten
36 auf allen politischer Ebene konsequent vertreten. Nur durch starke Gewerkschaften kann das bewährte Ta-
37 rifsysteem funktionieren, sie sind für eine gerechte Gesellschaft daher unverzichtbar.

38 **Vermögens- und Einkommensungleichheit überwinden**

39 Die ungleiche Verteilung von Einkommen und Vermögen ist weder gerecht noch ökonomisch sinnvoll. Entge-
40 gen der Schreckensszenarien, die Konservative und Neoliberale zeichnen, ist der Abbau dieser Ungleichver-
41 teilung daher Gebot des gesellschaftlichen Zusammenhalts und der Vernunft, denn gerechte Gesellschaften
42 sind glücklicher und produktiver zugleich. Wir Jusos kämpfen für einen Arbeitsmarkt, in dem allen Menschen
43 die Möglichkeit geschaffen wird, durch hohe und angemessene Entlohnung selbst ein Vermögen zu bilden
44 und die Arbeits- und Lebensqualität beständig zu verbessern und der darauf abzielt, unsere Wirtschaftskraft
45 nachhaltig zu stärken.

46 Eine der zentralen Herausforderungen in der Zukunft ist es, den Grundsatz „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“
47 endlich zu realisieren. Weder Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern, noch zwischen etwa Leih-
48 arbeiterInnen und Stammbeschaft lassen sich bei identischer Tätigkeit rechtfertigen. Diese abzubauen ist
49 eine Frage der Gerechtigkeit.

50 **Jede Arbeit ist viel Wert – Niedriglohnsektor bekämpfen**

51 Wenn wir eine gerechte Teilhabe am Wohlstand gewährleisten wollen, muss es gelingen, den Niedriglohnsekt-
52 tor zu bekämpfen. Insbesondere die stark verbreitete prekäre Beschäftigung und ausufernde Leih- und Zeitar-
53 arbeit, sowie Werkverträge zeigen, dass es einen wesentlichen Teil unserer Bevölkerung gibt, der in Abhängigkeit
54 und oft Armut leben muss. Wir Jusos kämpfen dafür, diesem grassierenden Niedriglohnsektor entgegenzuwir-
55 ken und damit Fehler, die auch im Rahmen der Agenda 2010 begangen wurden, zu korrigieren.

56 Die Einführung des flächendeckenden Mindestlohns war ein wegweisender Schritt. Doch Ausnahmeregelun-
57 gen und Missbrauch unterlaufen diesen. Wir wollen eine Politik, die verhindert, dass Menschen lediglich den
58 Mindestlohn beziehen müssen. Wenn dies aber nötig ist, muss der Mindestlohn als wirksame Absicherung für
59 ein würdiges Leben durch die eigene Arbeit funktionieren. Deshalb wollen wir Ausnahmen für Minderjährige
60 und Langzeitarbeitslose abschaffen und setzen uns dafür ein, dass die Mindestlohnkommission neue Berech-
61 nungsgrundlagen entwickelt, die die Lebensrealitäten der Menschen besser erfassen und zu einem Anstieg
62 des Mindestlohns führen.

63 Leih- und Zeitarbeit, sowie Werkverträge wollen wir stärker regulieren und fordern, dass gerade die Men-
64 schen, die durch solche Verträge besonders hohen Risiken und Unwägbarkeiten ausgesetzt sind, keinesfalls
65 schlechter gestellt werden, als diejenigen, die die gleiche Arbeit in einem regulären Beschäftigungsverhält-
66 nis erbringen. Das Arbeitnehmerüberlassungsgesetz muss deshalb weiter nachgebessert werden. Wir sehen
67 Unternehmen in der Verantwortung, mehr Stammbeschaft in den Betrieben aufzubauen und wollen den
68 Missbrauch von Leih- und Zeitarbeit, sowie Werkverträgen durch mehr Kontrollen und höhere Strafen für Ar-
69 beitgeberInnen konsequent bekämpfen.

70 Die zunehmende Anzahl an (Solo-)Selbstständigen betrachten wir einerseits mit Freude, weil dies die Bereit-
71 schaft der Menschen unterstreicht, selbst Verantwortung für sich und andere zu übernehmen, andererseits
72 erkennen wir auch Nachteile für die Menschen, die mit diesem Trend einhergehen. Etwa ein Fünftel dieser
73 Menschen ist akut von Armut und geringer Bezahlung bedroht. Wir wollen als Jusos deshalb dafür eintreten,
74 dass (Solo-)Selbstständige bei den Sozialversicherungsabgaben, insbesondere den Krankenversicherungsbei-
75 trägen, entlastet werden und diese langfristig in die BürgerInnenversicherung und in die gesetzliche Renten-
76 versicherung mit einbezogen werden. Außerdem sollen über Branchenverbände definierte Mindesthonorare
77 gewährleisten, dass auch (Solo-)Selbstständige nicht ungeschützt einem „Race to the Bottom“ bei der Entloh-
78 nung ausgesetzt werden. Dafür müssen allerdings Mechanismen entwickelt werden, die eine Nachvollziehbar-
79 keit der jeweiligen branchenspezifischen Tätigkeiten auch unter vertretbarem Aufwand gewährleisten und die
80 mögliche Branchenspezifika berücksichtigen.

81 Erst, wenn durch angemessene und hohe Löhne, gute Arbeitsbedingungen und eine solide Absicherung durch
82 die Sozialversicherung gewährleistet wird, dass nicht nur einige Wenige von unserer Wirtschaftsstärke profi-
83 tieren, können wir unser Ziel einer gerechten Gesellschaft erreichen.

84 **Durch Steuern Gerechtigkeit schaffen**

85 Das Steuer- und Abgabensystem hat eine wesentliche Bedeutung für die Funktionsfähigkeit unseres Staates.
86 Einerseits muss es durch Beteiligung aller gewährleisten, dass der Staat seine öffentlichen Aufgaben wahrneh-
87 men kann. Andererseits dient es dazu, Ungerechtigkeiten entgegenzusteuern und eine unverhältnismäßige

88 Kluft zwischen denjenigen, die viel haben und denjenigen, die wenig oder nichts haben zu reduzieren. Wir Jusos kämpfen für ein Steuersystem, in dem der Staat ausreichend Mittel zur Wahrnehmung seiner Aufgaben zur Verfügung hat, in dem die Steuermittel sorgsam eingesetzt werden und in dem die zunehmende Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen abgebaut wird. Dafür muss das Steuersystem sich wandeln. Neue Herausforderungen, wie die Globalisierung oder die Digitalisierung machen eine Modernisierung unseres Steuersystems notwendig.

94 Eine Legitimation des Steuersystems kann es nur geben, wenn die Erhebung dem Grundsatz der Gerechtigkeit und nicht nur ökonomischen Risikoabwägungen folgen. Wir Jusos wollen deshalb den Grundsatz, dass Kapitaleinkünfte nicht niedriger besteuert werden, als Einkünfte aus Arbeit durchsetzen. Deshalb setzen wir uns für eine Abschaffung der Kapitalertragssteuer ein und fordern, dass Kapitalerträge mit dem individuellen Einkommenssteuersatz belegt werden.

99 **Steuerflucht bekämpfen**

100 Weiterhin muss der Steuervermeidung und Steuerflucht ein Riegel vorgeschoben werden. Beides zerstört das Vertrauen derjenigen, die ehrlich ihre Steuern beitragen und sorgt für ein massives Ungleichgewicht in der Übernahme von Lasten in unserer Gesellschaft. Besonders die Steuerflucht von Unternehmen muss nach unserer Auffassung umfassend bekämpft werden. Durch Steuerflucht entsteht nicht nur ein Gerechtigkeitsdefizit, auch konkrete wirtschaftliche Nachteile stellen sich ein. Große und multinational tätige Unternehmen verfügen über ausreichend Mittel, um komplexe Steuervermeidungsstrategien zu erstellen, während kleine Unternehmen dadurch einen Wettbewerbsnachteil haben.

107 Wir Jusos Baden-Württemberg sprechen uns daher für konkrete Schritte aus, um diesem Vorgehen ein Ende zu setzen. Staatlich organisiertes Steuerdumping muss der Vergangenheit angehören. Dafür müssen wir auf Europäischer Ebene für eine einheitliche Bemessungsgrundlage der Körperschaftssteuern, für einheitliche Unternehmenssteuerr Korridore kämpfen und eine Harmonisierung der Steuern innerhalb der EU-Länder realisieren. Dies gilt auch für ein Verbot von Ausnahmeregelungen durch einzelne EU-Mitgliedsstaaten. Außerhalb der EU muss Deutschland entschiedener gegen Steueroasen und staatliches Steuerdumping kämpfen. Es darf nicht länger eine Frage ökonomischer Folgeabschätzungen sein, ob durch Strafmaßnahmen bis hin zu Sanktionen Steuerbetrug bekämpft wird. Um Steuerbetrug in Europa zu vermeiden, wollen wir Jusos eine Quellbesteuerung einführen, die gewährleistet, dass Unternehmensgewinne nicht in die Länder verlagert werden, in denen sie niedriger besteuert werden.

117 Steuervermeidung in rechtlichen Grauzonen müssen konsequent bekämpft werden. Um Verlagerungen von Unternehmensgewinnen durch Patentgebühren und Lizenzen an Tochterfirmen zu unterbieten, wollen wir internationale Transparenzrichtlinien durchsetzen. Erträge aus Immaterialgüterrechten, wie Patente oder Lizenzen müssen dann gesondert von Unternehmen ausgewiesen werden. Auch internationale Patent- und Lizenzboxen könnten sinnvoll sein. Um Steuerdumping zu bekämpfen, sind auch steuerliche Privilegierungen für Erträge aus Immaterialgütern möglich, sofern die Forschung und Entwicklung im Inland stattgefunden hat. Briefkastenfirmen müssen durch internationale Register und Transparenzrichtlinien und durch Koordination zwischen Steuerbehörden, die notfalls auch durch wirtschaftlichen und politischen Druck gewährleistet werden muss, bekämpft werden.

126 Steuerflucht ist aber nicht nur eine Frage von Unternehmen, auch Privatpersonen entziehen sich oft ihrem gerechten Beitrag. Wir Jusos wollen hierfür das Bewusstsein stärken. Auch die unangemeldete Haushaltshilfe enthält der Gesellschaft Mittel vor und benachteiligt die betroffene Person gleichermaßen. Doch besonders die Kapitalflucht in Steueroasen und Steuervermeidungsmodelle müssen der Vergangenheit angehören. Wir Jusos setzen uns deshalb dafür ein, dass die Beratung und Unterstützung für Steuerhinterziehung durch Finanzinstitute notfalls zur Entziehung der Lizenz führen kann und die beratenden Personen persönlich strafrechtlich zur Verantwortung gezogen werden. Die Kooperation zwischen den Steuerbehörden muss in Europa gewährleistet und darüber hinaus mit großem Nachdruck durchgesetzt werden. Eine Generalamnestie bei Selbstanzeige von SteuersünderInnen lehnen wir ab und sprechen uns dafür aus, weiterhin Steuer-CDs anzukaufen. Sowohl bei staatlichem, wie privatem Steuerdumping stehen wir Jusos für eine Durchsetzung des gerechten Anspruchs aller Menschen, dass alle ihren fairen Anteil erbringen. Deshalb wollen wir den unmittelbaren Schutz von WhistleblowerInnen auch auf Europäischer Ebene verankern und weiter ausweiten.

138 In einem gerechten Land wird der kleine Betrieb vor Ort nicht mehr stärker steuerlich belastet werden, als der global agierende multinationale Konzern, kein Bürger und keine Bürgerin mit niedrigem Einkommen stärker

140 belastet, als BürgerInnen mit hohem Einkommen und Vermögen. Für dieses Land treten wir ein!

141 **Ungleiche Einkommens- und Vermögensverteilung abbauen**

142 Keine Gesellschaft, in der so hohe Vermögen in der Hand von so wenigen sind, kann gerecht sein. Wir Jusos
143 kämpfen für eine Zukunft, in der diese Ungleichverteilung abgebaut wird. Deshalb wollen wir einen neuen
144 Weg in der Vermögens- und Erbschaftssteuer gehen, der für mehr Gerechtigkeit sorgt. Wir stehen für eine
145 Wiedereinführung der abgeschafften Vermögenssteuer in der Höhe von 0,5% ab einer Millionen Euro für Ein-
146 zelpersonen und zwei Millionen Euro für Ehepaare, wobei die Bewertungsvorschriften der Erbschaftssteuer
147 angewendet werden sollen, um mögliche Verfassungswidrigkeiten zu vermeiden. Das Sachvermögen von Un-
148 ternehmen soll bis 5 Millionen Euro geschützt werden. Die Vermögenssteuer muss dabei den Ansprüchen
149 genügen, keine Arbeitsplätze zu bedrohen und bei der Erhebung der Steuern keine Verwaltungskosten zu
150 erzeugen, die in keinem angemessenen Verhältnis zu den Einnahmen stehen. Die Einnahmen sollen den Bun-
151 desländern zur Verfügung gestellt werden.

152 Bis ins Jahr 2024 werden 3,1 Billionen Euro weitervererbt. Wir Jusos erkennen an, dass der Wunsch vieler Men-
153 schen besteht, für nachfolgende Generationen Vermögen aufzubauen, gleichwohl hat sich durch die starke
154 Vermögenskonzentration ein kleiner Teil der Bevölkerung mit hohem Vermögen entwickelt, der dieses von
155 Generation zu Generation ohne jede Leistung weitervererbt. Wir wollen die Erbschaftssteuer ausweiten und
156 hohe Erbschaften stärker belasten. Nur wenn wir es dabei schaffen, Unternehmen bei der Vererbung so zu er-
157 fassen, dass dadurch keine massenhaften Arbeitsplatzverluste drohen, werden wir die Menschen von diesem
158 Instrument überzeugen können. Deshalb wollen wir die Möglichkeiten, die Steuerschuld zu stunden, zu flexi-
159 bilisieren und Verjährungspflichten ausweiten, ohne dabei die Betroffenen aus der Pflicht zu entlassen.

160 **Entlastung niedriger Einkommen bei der Einkommenssteuer**

161 Über die gerechte Teilhabe am gemeinsamen Wohlstand entscheidet auch die Höhe des Einkommens maß-
162 geblich mit. Die enorme Spreizung zwischen Einkommen sehen wir Jusos mit großer Sorge und mit ihrem
163 Anstieg geht eine Bedrohung des gesellschaftlichen Zusammenhalts einher. Wir Jusos kämpfen für eine Ge-
164 sellschaft, in der starke Schultern mehr tragen, als Schwache. Deshalb wollen wir den Spitzensteuersatz auf
165 49% ab einem Einkommen von 100 000 € bzw. 53 % ab 250 000 € anheben.

166 Gleichzeitig wollen wir gewährleisten, dass Menschen mit niedrigem Einkommen stärker entlastet werden.
167 Gerade GeringverdienerInnen sind aber kaum von Steuersenkungen betroffen, da sie vor allem mit Sozial-
168 versicherungsbeiträgen belastet werden. Deshalb wollen wir Jusos langfristig die Einführung einer negati-
169 ven Einkommenssteuer voranbringen. Unterschreitet das Monatsgehalt die Basis-Einkommensgrenze, erwirbt
170 der/die ArbeitnehmerIn Anspruch auf eine Einkommenssteuergutschrift. Die Basis-Einkommensgrenze soll
171 sich an der Höhe eines Vollzeitgehaltes zum gesetzlichen Mindestlohn bemessen. Dies ermöglicht es, insbe-
172 sondere Belastungen durch Sozialversicherungsbeiträge abzumildern und beteiligt niedrige Einkommen ge-
173 recht am gemeinsam erwirtschafteten Wohlstand. Wir Jusos glauben, dass mit der Einführung einer negativen
174 Einkommenssteuer auch die Möglichkeit besteht, alle Menschen an den zusätzlichen Gewinnen, entstehend
175 durch die Digitalisierung, zu beteiligen.

176 **Gerechter Arbeitsmarkt und gerechter Kapitalmarkt gehören zusammen**

177 Es kann kein gerechtes Wirtschaftssystem geben, wenn ein wesentlicher Teil Wir Jusos kämpfen für ein gerech-
178 tes Finanz- und Bankensystem. Die tiefgreifende globale Wirtschafts- und Finanzkrise hat immense Schwächen
179 und Fehlentwicklungen offenbart, die diesem Ziel fundamental entgegenlaufen.

180 Viele private Risiken und Verluste mussten letztlich die SteuerzahlerInnen auffangen mit teils tiefgreifenden
181 Folgen für die Haushalte vieler Länder. Die deregulierten Finanzmärkte haben, losgelöst von der tatsächlichen
182 wirtschaftlichen Entwicklung, Risiken aufgebaut, die sie selbst nicht hätten tragen können und auch nicht Wil-
183 lens waren. Die Regulierung des Finanzmarktes hat Fortschritte gemacht, doch noch immer bedarf es großer
184 Reformen. Im internationalen Finanz- und Bankensystem sind Risiken nicht gleich verteilt. Wir Jusos kämp-
185 fen deshalb für ein Bankensystem, in dem Risiken durch die Banken und ihre Anteilseigner selbst getragen
186 werden. Die Einrichtung einer Europäischen Bankenunion war hierfür ein wesentlicher Fortschritt. Der damit
187 einhergehende Abwicklungsmechanismus ist mit 55 Milliarden Euro aber deutlich zu klein, um wesentliche
188 Risiken abzufedern. Wir Jusos sprechen uns daher für eine deutlich stärkere monetäre Ausstattung des Ab-
189 wicklungsfonds aus. Dabei müssen die Sparkassen und Genossenschaftsbanken, die sich während der Krise

190 als Stabilitätsanker bewährt haben, gestärkt werden, statt sie durch undifferenzierte Auflagen mit großen In-
191 vestmentbanken gleichzusetzen. Die einheitliche Europäische Bankenaufsicht stellt eine positive Entwicklung
192 dar, die weiter gestärkt werden muss.

193 Die Kapitalmärkte agieren dabei nicht selten im luftleeren Raum, einen wirtschaftlichen Mehrwert für die Ge-
194 sellschaft bilden insbesondere unverhältnismäßige Spekulationen auf den Finanzmärkten oft nicht. Um die
195 Akteure auf den Finanzmärkten angemessen an den Kosten der Krisenbewältigung und Kontrolle zu beteili-
196 gen und um eine Entschleunigung insbesondere des Hochfrequenzhandels durchzuführen, fordern wir nach-
197 drücklich die Einführung einer Finanzmarkttransaktionssteuer von 0,05% auf den Handel mit Aktion und De-
198 rivaten. Es zeugt von einem eklatanten Mangel an Gerechtigkeitsempfinden, dass insbesondere Konservative
199 in Deutschland ein solches Instrument auf Europäischer Ebene maßgeblich blockieren.

200 **Solide soziale Sicherungssysteme – Garantien für eine gerechte Gesellschaft**

201 Die Sozialversicherungen sind für eine gerechte Gesellschaft von immenser Bedeutung. Durch sie ist es ge-
202 lungen, eine solidarische Absicherung für alle Menschen zu schaffen, die vor einem Abstieg schützt und ge-
203 währleistet, dass Lebensrisiken durch Arbeitslosigkeit, Krankheit, Unfälle oder Pflegebedürftigkeit nicht mit
204 Existenzängsten verbunden werden. Wir Jusos wollen die Sozialversicherung stärken und diese so ausrichten,
205 dass sie trotz Entwicklungen, wie dem demografischen Wandel oder der Veränderung der Arbeitswelt durch
206 die Digitalisierung, standhalten können.

207 Wir wollen deshalb die Arbeitslosenversicherung hin zu einer Arbeitsversicherung weiterentwickeln, die be-
208 reits frühzeitig qualifiziert und ArbeitnehmerInnen mehr Flexibilität in der Lebensplanung ermöglicht und nicht
209 erst eingreift, wenn eine Arbeitslosigkeit bereits eingetreten ist. Bis zur Einführung einer Arbeitsversicherung
210 wollen wir die bestehende Arbeitslosenversicherung gerechter gestalten. Deshalb unterstützen wir Jusos die
211 Forderung, die Arbeitsagentur zu einer Agentur für Arbeit und Qualifizierung weiterzuentwickeln und ein Ar-
212beitslosengeld Q einzuführen, das den Anspruch auf Bezug von ALG I bei Teilnahme an Weiterqualifizierungs-
213maßnahmen auf 48 Monate erhöht. Die Förderung, insbesondere von Langzeitarbeitslosen, muss deutlich
214ausgeweitet werden, nur so kann gewährleistet werden, dass ein reaktivierender Sozialstaat die Menschen bei
215der Rückkehr in den Arbeitsmarkt unterstützt. Sanktionen bei ALG II sind aber nur dann zu rechtfertigen, wenn
216ein Qualifizierungsangebot besteht, das dem Anspruch des Förderns auch gerecht wird. Arbeitslosigkeit darf
217in einer gerechten Gesellschaft auch keiner Strafe entsprechen. Deshalb wollen wir, dass künftig Zuverdienste
218nicht voll auf die Bezüge angerechnet werden und Freibeträge erhöht werden. Deshalb sprechen wir uns auch
219für die Erhöhung des Freibetrags bei Vermögen aus. Die Berechnung des soziokulturellen Existenzminimums
220entsprechen nicht der Lebensrealität. Wir Jusos fordern deshalb, gemeinsam mit den Sozialverbänden eine
221neue Berechnungsgrundlage zu bilden, die in einem höheren Hartz-IV-Regelsatz münden muss.

222 Wir wollen das Rentensystem so reformieren, dass es allen Menschen ein würdiges Leben im Alter ermöglicht
223und gleichzeitig aber durch einen höheren steuerfinanzierten Anteil und eine Garantierente für alle verhindert,
224dass die Lasten durch die demografische Entwicklung nur durch BeitragszahlerInnen aufgefangen werden.
225Wenn Lebensstandardsicherung bedeutet, dass ein niedriger Lebensstandard insbesondere von Frauen und
226Menschen mit lückenhafter Erwerbsbiografie zu Altersarmut führt, müssen wir darüber hinaus gehen. Nur
227wenn es uns gelingt, die Sozialversicherungen nicht auf dem Rücken von Geringverdienern abzusichern, ist
228eine gerechte Gesellschaft möglich.

229 Die Abkehr von der Parität in der Krankenversicherung war eine neoliberale Ungerechtigkeit gegenüber Arbeit-
230nehmerinnen und Arbeitnehmern. Wir wollen eine sofortige Rückkehr hin zur hälftigen Finanzierung durch Ar-
231beitnehmerInnen und ArbeitgeberInnen und kämpfen für eine Abkehr von einer Zwei-Klassen-Medizin durch
232Einführung einer BürgerInnenversicherung, in die alle einzahlen. Bis dies erreicht ist, wollen wir die Rückkehr in
233die Gesetzliche Krankenversicherung, insbesondere für Menschen, die den Versicherungsschutz verloren ha-
234ben, deutlich erleichtern, beispielsweise bei GeringverdienerInnen, in dem Nachzahlungspflichten unterhalb
235einer geringen Einkommensgrenze erlöschen.

236 Die Digitalisierung wird sich tiefgreifend auf den Arbeitsmarkt und die Verteilung von Einkommen, Vermögen
237und Gewinnen auswirken. Sollte der Anteil von Menschen bedingt durch eine zunehmende Automatisierung
238sinken, werden auch weniger Menschen an dem entstehenden Gewinn durch Einkommen aus Arbeit teilha-
239ben. Wir wollen als Jusos diese Entwicklung gerecht gestalten. Wir müssen jetzt entsprechende Rahmen dafür
240setzen, wie die Digitalisierung allen Vorteile bringt und nicht nur einigen Wenigen. Eine Möglichkeit ist die Re-
241duktion der Arbeitszeit, die durch die Tarifpartner langfristig angestrebt werden sollte. Auch Möglichkeiten

242 einer Wertschöpfungssteuer müssen politisch diskutiert und mögliche Auswirkungen und Modelle intensiv
243 geprüft werden, durch die, anders als bei einer Robotersteuer, nicht die einzelne Maschine, sondern der Wert-
244 schöpfungsprozess als solcher Berücksichtigung finden kann.

245 **Gerechte Teilhabe für Alle**

246 Eine Gesellschaft kann nur dann gerecht sein, wenn jeder Mensch unabhängig von Herkunft, Glaube, sexuel-
247 ler Identität und körperlicher oder geistiger Beeinträchtigung die gleichen Chancen auf gesellschaftliche und
248 politische Teilhabe sowie auf ein selbstbestimmtes Leben hat. Doch sind diese gleichen Chancen aktuell nicht
249 gegeben. Noch immer entscheiden Geschlecht, Herkunft und wirtschaftlicher Status darüber, welche Lebens-
250 chancen ein Menschen in unserem Land hat. Wir Jusos stehen deshalb für eine Politik, die diese gleichen
251 Chancen zum Ziel hat und hierfür die nötigen Weichen konsequent stellt.

252 **Bildung stellt Weichen**

253 Die Frage, welche Chancen Kinder in ihrem späteren Leben haben, entscheiden sich maßgeblich in der KiTa
254 und der Schule. Doch zu oft entscheiden Herkunft und Geldbeutel darüber, welche Kinder die Möglichkeit ha-
255 ben, das Abitur zu machen und das unabhängig von ihren eigentlichen Talenten. Wir Jusos stehen für eine
256 gerechte Bildungspolitik, die diesen Missstand mit aller Konsequenz bekämpft. Gleiche Bildungschancen für
257 alle können vor allem durch gebührenfreie Bildung von der KiTa bis zum Master oder Meister gewährleistet
258 werden. Nur so kann eine Gesellschaft entstehen, die geprägt ist von unserem Verständnis von Gleichberech-
259 tigung in Chancen, Ausleben von Freiheit und bester Entfaltung der eigenen Potentiale. Höhere Investitionen
260 in Bildungseinrichtungen sind dringend nötig. Deshalb setzen wir uns für ein Finanzierungssystem ein, das
261 dafür sorgt, dass nicht das Bundesland darüber entscheidet, ob jeder Mensch gute KiTas, Ganztagschulen
262 und Betreuungseinrichtungen vorfinden kann. Deshalb kämpfen wir für eine Abschaffung des Kooperations-
263 verbotes.

264 Die Ungerechtigkeiten gegenüber Kindern haben ihren Ursprung oft bereits bei den Eltern. Noch immer sind in
265 Deutschland 2,5 Millionen Kinder von Kinderarmut betroffen und oft bedeutet eine Geburt in arme Verhältni-
266 se auch der Verbleib in diesen im späteren Leben. Diesen Umstand wollen wir nicht hinnehmen. Deshalb wol-
267 len wir ein am Einkommen der Eltern orientiertes Kindergeld, das Alleinerziehende und einkommensschwache
268 Familien stärker unterstützt. Auch wollen wir die Sozialversicherungsansprüche von Kindern erhöhen. Lang-
269 fristig wollen wir das Ziel einer Kinder-Grundsicherung erreichen, die gleiche Voraussetzungen für alle Kinder
270 schafft. Umständliche Familienleistungen, vor allem an wohlhabenden Familien, sollen ebenfalls in dieses Sys-
271 tem übergehen, um Bürokratie abzubauen.

272 **Gleiche Chancen – unabhängig von Geschlecht und sexueller Identität**

273 Noch immer bedeutet Frau sein in unserer Gesellschaft geringere Verdienstaussichten, schlechtere Chancen
274 auf Karrieren und Benachteiligungen in vielen Lebensbereichen. Wir Jusos kämpfen als feministischer Ver-
275 band gegen diese Ungerechtigkeit. Keine Gesellschaft kann gerecht sein, in der Frauen so vielen Nachteilen
276 ausgesetzt sind.

277 Wir bekräftigen deshalb unsere Forderung nach „gleichem Lohn für gleiche Arbeit“ und fordern gleiche Bedin-
278 gungen und Chancen für Frauen. Das heißt, dass wir für bessere Bildungschancen von Frauen kämpfen wollen,
279 durch eine Frauenquote von 40% die gläsernen Decken bei den Führungsebenen der Unternehmen abbauen
280 wollen und durch flächendeckende Kinderbetreuung und ein fair aufgeteiltes Elterngeld gewährleisten wollen,
281 dass auch Frauen nach der Familiengründung schnell den Einstieg zurück ins Berufsleben schaffen können,
282 wenn sie das wollen. Das Lohngleichheitsgesetz zur Überwindung des Gender-Pay-Gap durch mehr Transpa-
283 renz ist ein guter Schritt und muss weiter verbessert werden. Instrumente, die darauf abzielen, ein antiquiertes
284 Familienmodell zu erhalten, lehnen wir ab. Um mehr Frauen die Rückkehr in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen,
285 muss das Ehegattensplitting endlich abgeschafft und durch ein Familiensplitting ersetzt werden.

286 Auch Diskriminierung aufgrund der Sexuellen Identität gehören noch immer zur Tagesordnung. Für eine ge-
287 rechte Gesellschaft ist es essentiell, dass keine Regierung und kein verkrustetes Werteverständnis Menschen
288 vorschreibt, wen sie zu lieben haben. Deshalb treten wir für eine vollständige Gleichstellung ein, die mit der Ehe
289 für alle und vollem Adoptionsrecht, genauso wie mit vollständiger finanzieller und steuerlicher Gleichstellung
290 unterschiedlicher Lebensentwürfe einhergeht.

291 **Gleiche Chancen für Menschen mit Beeinträchtigungen**

292 Fast ein Viertel der Deutschen hat eine körperliche oder geistige Behinderung oder Beeinträchtigung. Oft heißt
293 dies, dass die Betroffenen große Einschränkungen in der Teilhabe am Arbeitsmarkt oder am gesellschaftlichen
294 Leben als solchem ausgesetzt sind. Menschen mit Behinderung brauchen stärkere inklusive Maßnahmen für
295 Zugang zu Arbeitsmarkt und Zivilgesellschaft für Freiheit und Gleichbehandlung.

296 Wir Jusos wollen eine Gesellschaft, die diese Menschen aktiv einbezieht. Dies beginnt mit dem Recht auf Selbst-
297 bestimmtheit, etwa durch eigenständige Mobilität. Wir wollen einen konsequenten und schnellen Ausbau der
298 Barrierefreiheit und offenen Zugang zu öffentlichen Einrichtungen sowie ÖPNV für Menschen im hohen Alter,
299 genauso wie für Menschen mit Beeinträchtigung. Ohne Mobilität kann ein entlegener Wohnort den Zugang zu
300 medizinischer Versorgung oder aber zum gesellschaftlichen Leben einschränken.

301 Wir müssen mehr Menschen mit Beeinträchtigungen den Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglichen. Hierfür ist
302 die Digitalisierung ein gutes Instrument. Technologien, die Barrierefreiheit fördern müssen staatlich unter-
303 stützt und schnell verbreitet werden. Gerade Menschen mit Beeinträchtigungen sind oft unsicheren Arbeits-
304 und Lebensverhältnissen ausgesetzt, da sie projektfinanziert arbeiten. Für mehr Gerechtigkeit wollen wir mehr
305 Dauerfinanzierung, in der inklusiven Förderung damit Sicherheit für jeden Menschen herrscht.

306 In der Bildung muss sich das Schulsystem der Inklusion weiter öffnen – wir fordern mehr besonders ausge-
307 bildetes pädagogisches Personal an Schulen, um Zugänge für Kinder mit Behinderung weiter zu erleichtern.
308 Die Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention darf nirgendwo in Deutschland mehr in Frage gestellt
309 werden.

310 Die langfristige Erhöhung der Ausgleichsabgaben auf das Bruttoeinkommen, das ArbeitnehmerInnen im jewei-
311 ligen Unternehmen durchschnittlich verdienen, finden wir zur Schaffung von Beschäftigungsverhältnissen am
312 ersten Arbeitsmarkt für Menschen mit Behinderungen richtig. Darüber hinaus muss vehement die Sensibilisie-
313 rung und Förderung von Inklusion am Arbeitsplatz umgesetzt werden, um Menschen mit Beeinträchtigungen
314 Zugang zu noch mehr Arbeitsplätzen zu ermöglichen. Dafür wollen wir Anreize, insbesondere für kleine und
315 mittelständische Unternehme etwa durch Steuerbegünstigungen, ausweiten, die Arbeitsplätze, Räumlichkei-
316 ten barrierefrei zu gestalten und gezielt im eigenen Unternehmen für Inklusion zu sensibilisieren. Außerdem
317 ist eine deutliche Erhöhung der Ausgleichsabgaben notwendig, die aktuell zwischen 125€ und 320€ pro Mo-
318 nat betragen. Wir Jusos sind der Meinung, dass diese geringe Abgabe Unternehmen nicht ausreichend dazu
319 motiviert, Menschen mit Beeinträchtigung einzustellen. Wir fordern folgerichtig eine Erhöhung der Ausgleichs-
320 abgabe auf das Bruttoeinkommen, das ArbeitnehmerInnen im jeweiligen Unternehmen durchschnittlich ver-
321 dienen.

322 Das beschlossene Teilhabegesetz hat die Weichen für weitere Inklusion und gerechter Behandlung von Men-
323 schen mit Beeinträchtigungen gelegt. Zukünftig muss es darum gehen, den Paradigmenwechsel weg von der
324 Sozialleistung hin zu einer modernen Teilhaberegelung zu vollziehen. Dabei fordern wir Jusos ein Ende der
325 Vermögensfreigrenze sowie der Erwerbseinkommensgrenze. Gerade Eingliederungshilfen im ehrenamtlichen
326 Engagement sind essentiell für die gesellschaftliche Teilhabe, daher fordern wir Jusos, die Einführung der Ver-
327 kleinerung des Anspruchskreises zu stoppen.

328 Menschen mit Beeinträchtigung können Anspruch auf ein persönliches Budget stellen können, mit dem sie
329 dann Assistenzleistungen selbst organisieren und bezahlen können. Dadurch können sie in ihrem Zuhause in
330 der gewohnten Umgebung bleiben. Das Recht von Behörden, Menschen aus Kostengründen in einem Heim
331 unterzubringen, lehnen wir ab. Wir fordern, dass Menschen mit Beeinträchtigung dort wohnen können, wo sie
332 wohnen wollen, denn Wohnen ist Menschenrecht. Assistenzleistungen sollen individuell und nicht verpflich-
333 tend gruppenbezogen ausgegeben werden, so dass auch eine Körperliche oder geistige Beeinträchtigung nicht
334 das Recht auf Selbstbestimmung untergräbt.

335 **Gerechte Teilhabe – auch für Arme**

336 Soziale Gerechtigkeit heißt, gleiche Chancen zu haben, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Wenn Men-
337 schen, die in Armut leben müssen damit auch in die soziale Isolation getrieben werden, vermindert das ihre
338 Chancen auf Aufstieg noch mehr. Diskriminierung aus wirtschaftlichen Gründen ist ungerecht! Wir Jusos wollen
339 eine Gesellschaft, die Arme bewusst integriert und solidarisch deren Teilhabe gewährleistet. Deshalb fordern
340 wir die flächendeckende Einführung eines Sozialtickets, das sowohl grundlegende Bedürfnisse, wie Mobilität
341 und Zugang zu Weiterbildung etwa in Volkshochschulen fördert, als auch Besuche in Kultureinrichtungen, wie
342 Theater, Opern, Kino oder Museen und Ausstellungen ermöglicht. Kinder aus armen Familien soll dieses Ticket

343 außerdem Mittagessen in Schulmensen und Schulausflüge finanzieren. Das Paket für Bildung und Teilhabe
344 muss entsprechend ausgeweitet werden.

345 **Keine Demokratie ohne gleiche Beteiligungsmöglichkeiten**

346 Die Teilhabe an demokratischen Prozessen ist von großer Bedeutung. Jeder Mensch muss die gleichen Mög-
347 lichkeiten zur Teilhabe haben, sonst kann keine gerechte Gesellschaft entstehen. Oft hindern äußere Umstän-
348 de ausgerechnet die Menschen an demokratischer Beteiligung, die durch ihre wirtschaftliche oder gesellschaft-
349 liche Position bereits jetzt Nachteile erfahren. Gerade diese Menschen verlieren dadurch die Möglichkeit, eine
350 Verbesserung ihrer Situation politisch zu unterstützen und durchzusetzen. Diesen Missstand gilt es unbedingt
351 zu korrigieren.

352 Wir wollen prüfen, ob eine verfassungskonforme Quotierung von Wahllisten auf allen politischen Ebenen
353 möglich ist, die eine gleiche Beteiligung der Geschlechter gewährleisten kann. Auch der Anteil von Nicht-
354 Akademikern muss erhöht werden, wofür politische Bildung der Schlüssel ist. Die Finanzierung von Bundes-
355 und Landeszentralen für politische Bildung muss deshalb ebenso sichergestellt werden, wie die politische
356 Bildung in allen Schulen. Gerade in beruflichen Schulen muss hierauf ein größerer Schwerpunkt liegen. Eine
357 Altersdurchmischung der Repräsentanten in den Parlamenten kann nicht durch Quoten, aber durch eine Ab-
358 senkung des Wahlalters auf 16 Jahre auch bei der Landtags- und Bundestagswahl erreicht werden. Auch die
359 Reform des Paragraphen 41a der Gemeindeordnung in Baden-Württemberg zur Einführung von Jugendgemein-
360 deräten kann als beispielhaft für ganz Deutschland betrachtet werden, denn dadurch lernen junge Menschen
361 bereits im jungen Alter, wie politische Beteiligung funktioniert. Letztlich kann eine konsequente politische Be-
362 teiligung junger Menschen aber nur durch die Parteien gelebt werden. Die Sozialdemokratie hat insbesondere
363 bei der Einbindung junger Menschen auf allen politischen Ebenen noch Entwicklungspotential, das es konse-
364 quent zu nutzen gilt.

365 Politische Teilhabe muss auch Menschen mit körperlichen oder geistigen Beeinträchtigungen offenstehen,
366 deshalb brauchen wir ein inklusives Wahlrecht. Ausschlüsse vom Wahlrecht dürfen weiterhin nur nach Einzel-
367 fallprüfung und keinesfalls pauschal erfolgen. Um die Beteiligung an politischen Prozessen noch weiter auszu-
368 weiten, müssen Behindertenbeiräte auf kommunaler und lokaler Ebene und Dialoge mit Interessensgruppen
369 von Menschen mit Beeinträchtigungen gestärkt werden.

370 **Eine funktionierende Demokratie braucht auch demokratische Institutionen**

371 Gerechte Teilhabe an unserer Demokratie setzt voraus, dass durch demokratische Verfahren auf allen poli-
372 tischen Ebenen Mitbestimmung überhaupt gewährleistet ist. Auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene be-
373 deutet das vor allem, durch transparente Verfahren und verfügbare Informationen zu gewährleisten, dass alle
374 BürgerInnen die gleichen Chancen haben, sich eine Meinung zu bilden.

375 Wir JUSOS wollen ein politisches System, das demokratische Verfahren aber auch in Europa gewährleistet,
376 denn dort werden viele wegweisenden politischen Richtlinien und Verordnungen entschieden. Deshalb muss
377 das EU-Parlament weiter gestärkt und die Exekutivlastigkeit in den Europäischen Gesetzgebungsverfahren
378 weiter abgebaut werden. Das bedeutet, ein vollständiges Gesetzesinitiativrecht, die Wahl der gesamten EU-
379 Kommission und ein tatsächliches Haushaltsrecht für das Parlament zu gewährleisten. Um das repräsentative
380 Ungleichgewicht zwischen den EU-Ländern auszubalancieren, muss die Einführung transnationaler Wahllisten
381 und grenzüberschreitende Wahlkreise ernsthaft geprüft werden.

382 Demokratie muss aber auch geschützt werden. Deshalb müssen Versuche von EU-Mitgliedsstaaten, die Demo-
383 kratie und die Unabhängigkeit von Presse und Justiz zu beschneiden, durch die EU-Kommission aktiv bekämpft
384 werden. Wenn die Demokratie als Voraussetzung für eine gerechte Gesellschaft durch EU-Mitgliedsstaaten
385 beschnitten wird, kann dies nicht einfach hingegenommen werden. Wir JUSOS fordern, dass die im Vertrag von
386 Lissabon vereinbarten Sanktionsmechanismen auch konsequent Anwendung finden.

387 **Globale Gerechtigkeit**

388 In einer zunehmend globalisierten Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung können viele zentrale Gerechtig-
389 keitsfragen nicht mehr nur innerhalb Deutscher oder Europäischer Grenzen betrachtet werden. Viele Unge-
390 rechtigkeiten, die uns JUSOS umtreiben, betreffen Menschen überall auf der Erde und können nur auf interna-
391 tionaler Ebene gelöst werden. Gerechtigkeit heißt für uns JUSOS, dass zentrale Menschenrechte und ein Leben
392 in Würde nicht davon abhängen dürfen, wo man geboren wurde.

393 Menschenrechte sind universelle Aufgabe allen staatlichen Handelns

394 Der Schutz universeller Menschenrechte muss zentrale Priorität unserer politischen Bemühungen sein. Um
395 diesen Schutz bestmöglich zu gewährleisten, bedarf es aber starker und durchsetzungsfähiger Institutionen.
396 Der Trend hin zu einer multipolaren Weltordnung geht aber auch an den internationalen Institutionen nicht
397 vorbei. Zunehmende politische Instabilität in vielen Regionen und der Bruch grundlegender völkerrechtlicher
398 Prinzipien, wie etwa die territoriale Unversehrtheit oder die Ächtung von Chemiewaffen erhöhen den Bedarf
399 nach handlungsfähigen Institutionen, etwa im Rahmen der UN, denen diese aber nicht nachkommen können.
400 Wir Jusos kämpfen daher dafür, dass die Bundesregierung und die EU ihren Einfluss geltend machen, etwa den
401 Menschenrechtsrat der Vereinten Nationen weiter zu stärken. Wir unterstützen die hinter dem Rat stehende
402 Idee, verschließen aber nicht die Augen vor legitimer und notwendiger Kritik an ihm. Um Handlungsfähigkeit
403 zu erzeugen sollen Mitglieder des UN-Menschenrechtsrates künftig Auswahlkriterien erfüllen, damit Staaten,
404 die diese Rechte brechen, seine Arbeit nicht länger unterlaufen können.

405 Nur wenn mehr Einigkeit auf internationaler Ebene gewährleistet werden kann, können wir globale Gerechtig-
406 keit erreichen. Doppelstrukturen schaden diesem Ziel jedoch. So darf es beispielsweise nicht mehrere interna-
407 tionale Entwicklungsbanken geben, die miteinander in Konkurrenz stehen. Es bedarf hier einer handlungsfä-
408 higen Institution, die globale Probleme angeht und großzügig investieren kann. Wir fordern mehr Transparenz
409 und eine stärkere Beteiligung von Nichtregierungsorganisationen in die Prozesse der internationalen Diplo-
410 matie zur Bekämpfung von Club Governance und Korruption. Transparenz- und Lobbyregister sind zwingende
411 Voraussetzungen für multilaterale Zusammenarbeit in großen Organisationen.

412 Die Regelwerke und Regularien der Vereinten Nationen müssen verbessert werden, sodass das Machtgefälle
413 zwischen Industrienationen und Entwicklungsländern bei internationalen Abstimmungsprozessen abgebaut
414 wird. Dass mit Afrika und Lateinamerika gleich zwei Kontinente, und somit ein großer Anteil der Weltbevöl-
415 kerung, nicht über ständige Sitze verfügen, halten wir für eine Ungerechtigkeit, die dringend beendet wer-
416 den muss. Auch die Erhöhung der Anzahl der nichtständigen Mitglieder ist dringend angebracht, damit das
417 wichtigste Gremium der Vereinten Nationen repräsentativer wird und mehr Staaten an Entscheidungen von
418 Relevanz für die ganze Welt beteiligt werden.

419 Ungerechtigkeiten durch Klimawandel bekämpfen

420 Der Klimawandel ist bereits heute ein besonders gewichtiger Treiber globaler Ungerechtigkeit. Während gro-
421 ße Industrienationen und ihre BürgerInnen vor den negativen Folgen durch technologischen Fortschritt und
422 wirtschaftliche Wandlungsfähigkeit im Wesentlichen geschützt werden können, sind insbesondere kleine und
423 niedrig entwickelte Länder den Konsequenzen nahezu schutzlos ausgeliefert. Wenn es uns nicht gelingt, den
424 Klimawandel nachhaltig zu bekämpfen und Mechanismen zu entwickeln, wie wir Entwicklungsländer vor den
425 negativen Folgen bewahren können, wird sich das globale Ungleichgewicht massiv verschärfen – mit allen
426 vielschichtigen Konsequenzen.

427 Um den Klimawandel zu bekämpfen, müssen vor allem die Industrienationen und große Schwellenländer ei-
428 nen wesentlichen Beitrag leisten. Wir Jusos kämpfen für einen internationalen Emissionshandel zwischen Staa-
429 ten, der für die Kosten für die Allgemeinheit durch Schaden die an Natur und Umwelt entstehen, diejenigen
430 zur Kasse bittet, die sie erzeugen. Die Grundlage muss der tatsächliche Verbrauch sein, daher brauchen wir
431 endlich eine transparente Zurechnung von Emissionen nach dem VerursacherInnenprinzip. Eine Entwertung
432 der Zertifikate, wie sie auf dem europäischen Emissionsmarkt aufgetreten ist, soll vermieden werden, indem
433 Zertifikate schrittweise verknappt werden, bis sie einem Niveau entsprechen, das langfristig klimaverträglich
434 haltbar ist. Dieses System sorgt dafür, dass Deutschland und die Industrieländer ihre Emissionen massiv redu-
435 zieren und Zielwerte ambitioniert umsetzen, um als Vorbilder glaubwürdig voran zu schreiten. Zudem setzen
436 wir uns für die Wiederherstellung der Wälder als natürliche CO₂-Speicher ein.

437 Die Entwicklung von klimaschonenden Technologien muss global vorangetrieben werden. Es kann keine Ant-
438 wort auf den Klimawandel sein, Entwicklungsländern den Zugang zu mehr Konsum, Mobilität durch eigene
439 PKW oder einem höheren, aber in der Regel schadstoffintensiveren Leben zu verweigern. Wir stehen für das
440 Recht auf nachholende Entwicklung ein. Vielmehr müssen wir unsere Technologien stärker verbreiten und
441 aufzeigen, dass mehr Lebensqualität allen Menschen zusteht und dieser auch durch klimafreundliche Tech-
442 nologien, etwa in der Gebäudedämmung oder beim Energieverbrauch möglich ist, ohne dass dies das globale
443 Klima noch stärker belastet.

444 Wohlstand und Wachstum im Wandel

445 Wir glauben, dass das Bruttoinlandsprodukt kein ausreichender Indikator für Wohlstand ist. Um gerechten
446 Wohlstand nachhaltig zu sichern fordern wir die Etablierung alternativer Wohlstandsindikatoren. Dabei soll-
447 te auch geprüft werden, inwiefern der W3-Indikatorensatz ein geeignetes Maß ist, bzw. weshalb sich dieser
448 bisher trotz breitem politischen Konsens nicht durchsetzen konnte. Der Erfolg des Landes im internationalen
449 Vergleich muss unter anderem davon abhängen, wie effizient es mit Ressourcen umgeht, welche Kosten für
450 die Natur durch Wachstum verursacht werden und ob alle Menschen im Land von positiven Entwicklungen
451 profitieren oder nur eine kleine Gruppe. Insgesamt muss in der Frage nach rechtem Wirtschaftswachstum
452 ein Wandel vom quantitativen Wachstum, hin zum qualitativen Wachstum einkehren. Damit bekommen Effizi-
453 enzgewinne in der Produktion und nachhaltige Innovationen einen neuen Stellenwert in der Berechnung des
454 ökonomischen Erfolges. Nur so können sowohl Wirtschaftswachstum, als auch ökologische Nachhaltigkeit auf
455 Dauer gewährleistet werden.

456 Globale Gerechtigkeit durch fairen Handel

457 Als internationalistischer Verband sind wir Jusos der festen Überzeugung, dass internationale Zusammenar-
458 beit und Kooperation besser für alle Beteiligten ist, als der eigene nationalstaatliche Weg und Protektionismus.
459 Für globale Gerechtigkeit ist fairer und freier Handel auf der ganzen Welt die entscheidende Stellschraube.
460 Wir Jusos bekennen uns dabei grundsätzlich zum Freihandel, da er bei allen Beteiligten für mehr Wohlstand
461 sorgt.

462 Wir Jusos sprechen uns für einen gerechten und fairen Welthandel aus, der letztlich nur durch multilaterale
463 Verträge gewährleistet werden kann. Bis solche multilaterale Verträge zustande kommen, müssen regionale
464 Freihandelsverträge transparent und auf Augenhöhe geschlossen werden, um Globalisierung im Einverneh-
465 men von Betroffenen und Handelspartnern gut zu gestalten. Dies beinhaltet, dass bei Abkommen mit Ent-
466 wicklungsländern lokale Märkte besser geschützt werden müssen, statt auf Reziprozität beispielsweise bei
467 Zollreduktion oder dem Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse zu setzen. Zivile Entwicklungszusammen-
468 arbeit, um die Gesellschaft und Unabhängigkeit zu fördern, gehört zur Kooperation mit anderen Ländern
469 dazu. Um die staatliche Souveränität gegenüber den Märkten und Investoren zu gewährleisten sollen künf-
470 tig Investitionsschutzabkommen in Freihandelsabkommen nur unter der Voraussetzung möglich sein, dass
471 ein gerichtsförmiges Verfahren mit unabhängigen RichterInnen, einem transparenten Prozess und Revisions-
472 instanz gewährleistet sind. Langfristig streben wir die Gründung eines internationalen Handelsgerichtshofes
473 an.

474 Unabhängig von wirtschaftlichen Beziehungen und Interessen muss Initiative ergriffen werden, um globale
475 Ungerechtigkeit zu beenden. Aus der wirtschaftlichen Stärke der Bundesrepublik erwächst für uns Jusos eine
476 besondere Verantwortung für die Menschen auf dieser Welt. Wenn ein Mangel an Nahrungsmitteln, Trinkwas-
477 ser, Medizin, und einer funktionierenden Infrastruktur die Situation von vielen Menschen lebensbedrohlich
478 werden lässt, dürfen wir nicht tatenlos zusehen.

479

480 Kooperation und Unterstützung von Entwicklungsländern verstehen wir Jusos als Entwicklungszusammenar-
481 beit, nicht als Entwicklungshilfe. Die prägende Idee ist für uns ein globales Empowerment, das Länder dabei
482 unterstützt ihre eigenen Potenziale zu nutzen und sich aus innerer Kraft weiterzuentwickeln. Demokratisie-
483 rung, Förderung der Freiheit, Gleichstellung und Gerechtigkeit sind die leitenden Werte deutscher Entwick-
484 lungszusammenarbeit – dies muss unabhängig von wirtschaftlichen oder geopolitischen Interessen gelten.
485 Besonders die Rolle der Frauen muss in vielen Ländern massiv gestärkt werden – Gleichstellungspolitik ist ein
486 effektives Instrument in der Entwicklungszusammenarbeit, daher muss diese forciert werden. Um dies umzu-
487 setzen brauchen wir eine massive Erhöhung der Mittel: Die strikte Einhaltung des international festgehaltenen
488 0,7-Prozent-Ziels gehört zur Staatsräson und zum Selbstverständnis eines verantwortungsbewussten u